



vom 19.11.2019

## **Verbot von Ölheizungen - Probleme in der Praxis**

Die Ölheizung steht vor dem Aus. Das Bundeskabinett hat in seinem Klima-Paket beschlossen, dass ab 2026 keine Ölheizung mehr eingebaut werden darf. In der Praxis bringt das Verbot etliche Probleme für Immobilienbesitzer und Heizungsbauer mit sich.

In Deutschland sind derzeit noch fast 5,5 Millionen Ölheizungen in Betrieb. Alleine in Bayern werden 40 Prozent der Gebäude noch mit Öl beheizt. Gasanschlüsse sind gerade in älteren Gebäuden nicht vorhanden. Das Klimapaket der Bundesregierung sieht vor, dass [ab 2026 keine Ölheizungen](#) mehr eingebaut werden dürfen, um besseren Alternativen Platz zu machen. Ein Zeitplan, der sich nach Ansicht von Heizungsbauern und Eigentümerverbänden bayernweit nur schwer umsetzen lässt.

## **Kaum Gasanschlüsse in Bayern**

Nach Angaben des Haus- und Grundbesitzervereins München und Umgebung sei Bayern das "Land der Ölheizungen". 30 Prozent der Ein- und Zweifamilienhäuser haben überhaupt keinen Gasanschluss. Rudolf Stürzer, der Vereinsvorsitzende, ist ratlos.

"Da fragen wir uns schon, wie soll es funktionieren, dass man ab 2026 keine Ölheizungen mehr installieren darf. Ein Gasanschluss aber auch nicht vorhanden ist und bis zu diesem Termin wohl auch nicht geschaffen werden kann." Rudolf Stürzer, Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins München und Umgebung.

Die Berater des Vereins werden nach Stürzers Angaben seit dem Berliner Kabinettsbeschluss überflutet mit Anfragen der Mitglieder, die nicht wissen, was sie tun sollen.

## **Verbot bringt jede Menge Probleme mit sich**

In der Praxis türmen sich Probleme auf, die so schnell nicht gelöst werden können, so Stürzer. In der Münchner Innenstadt eine alte Ölheizung zu ersetzen, sei machbar. Gasleitungen sind vorhanden, Fernwärme auch. Die Landeshauptstadt gilt als bundesweites Vorbild beim Ausbau der Fernwärme. Dies gelte aber schon nicht mehr für viele Wohngebiete am Stadtrand, kritisiert der Vereinsvorsitzende. Auch nicht für das Umland, geschweige denn für ganz Bayern.

"Auf dem flachen Land und gerade in strukturschwachen Gegenden, da gibt es nicht nur keinen Gasanschluss, sondern auch keine Fernwärme." Rudolf Stürzer, Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins München und Umgebung.

Angesichts dieser mangelhaften Infrastruktur hält der Haus- und Grundbesitzerverein ein schnelles Verbot von Gasheizungen, wie es die [Grünen zusätzlich fordern](#), für vollkommen unrealistisch. Umweltschutz ja, aber mit Augenmaß, fordert Rudolf Stürzer. So könnten die Hauseigentümer neben den Umrüstkosten, die schnell bei 20.000 Euro und mehr liegen, nicht auch noch hohe Anschlusskosten bezahlen. Diese liegen seinen Erfahrungen nach im unteren fünfstelligen Bereich, könnten also schnell 10, 15 oder auch 18.000 Euro kosten.



vom 19.11.2019

## **Erneuerbare Energien sind in Neubauten bereits Standard**

Die Bereitschaft, auf erneuerbare Energien umzustellen, ist da. Bei Neubauten von Ein- und Zweifamilienhäusern spielen schon jetzt Ölheizungen kaum noch eine Rolle. Pelletheizungen oder Wärmepumpen sind auf dem Vormarsch. Tendenz steigend.

Olaf Zimmermann, Obermeister der Innung Spengler, Sanitär und Heizungstechnik München setzt auf die rasante, technische Entwicklung in diesem Bereich. Moderne Wärmepumpen sind seiner Meinung nach deutlich leistungsfähiger und vor allem auch leiser als ältere Geräte. Pelletheizungen gelten zwar als besonders klimafreundlich, brauchen aber auch viel Platz. Für ihn sind sie damit im innerstädtischen Bereich keine wirkliche Alternative.

"Es scheitert meist schon daran, dass der Pelletlagerraum doppelt so groß sein muss wie der Heizöllagerraum und dass wir oben auf dem Dach keine Solaranlagen bauen dürfen, weil uns das der Denkmalschutz verbieten würde." Olaf Zimmermann, Obermeister der Innung Spengler, Sanitär und Heizungstechnik München.

Sowohl Rudolf Stürzer als auch Olaf Zimmermann sehen die öffentliche Hand in der Pflicht. Es reiche nicht, Gesetze zu machen, sie müssten auch in der Praxis umsetzbar sein. An erster Stelle stehe für sie ein Ausbau der Infrastruktur durch die kommunalen Versorger. Wichtig sei auch die finanzielle Unterstützung.

## **Fördermittel und Darlehen**

Schon jetzt können Eigentümer Fördermittel und zinsgünstige Darlehen beantragen, wenn sie ihr Haus klimafreundlich sanieren. Diese Förderung soll aufgestockt werden. So will der Bund die bestehende "Bundesförderung für effiziente Gebäude" um ein Sonderprogramm zum Austausch alter Heizkessel erweitern, die fossile Energien verbrennen. Die "[Austauschprämie](#)" beim Umstieg auf eine saubere Alternative soll nach Regierungsplänen 40 Prozent der Kosten umfassen.

## **Gesetzentwurf sieht Ausnahmen vor**

Wer seine alte Ölheizung durch eine klimafreundlichere Alternative ersetzen lässt, soll eine "Austauschprämie" bekommen. Im Gesetzentwurf der Großen Koalition ist von 40 Prozent der Kosten die Rede. Außerdem soll es Sonder- und Härtefallregelungen geben. Auch nach 2026 lässt sich noch eine Ölheizung einbauen, wenn sie mit erneuerbaren Energien kombiniert wird oder wenn eine Versorgung mit erneuerbarer Energie zu "unbilligen Härten" führen würden.

## **Link zum Beitrag:**

<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/verbot-von-oeheizungen-probleme-in-der-praxis,RiBo2Sq/#showComments>